

Beförderungsvertrag

Zwischen

dem Landkreis Gießen, vertreten durch den Kreisausschuss,
Riversplatz 1-9, 35394 Gießen,

- im folgenden „Auftraggeber“ genannt -

und

dem [Auftragnehmer]

- im folgenden „Auftragnehmer“ genannt -

wird folgender Beförderungsvertrag geschlossen:

1. Vertragsgegenstand

- 1.1 Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur schultäglichen Beförderung von Schülerinnen und Schülern nach den im nachfolgenden genannten Bedingungen. Schule, Schülerzahlen, Fahrziele und Hin- und Rückfahrtzeiten sind dem als **Anlage I** beigefügten Leistungsverzeichnis/Preisblatt zu Los XX entnehmen.
- 1.2 An die Schülerbeförderung werden im Hinblick auf die übernommene Verantwortung hohe Anforderungen gestellt. Dies gilt insbesondere für die Art der zur Beförderung einzusetzenden Fahrzeuge, die Qualität und Eignung des Fahrpersonals sowie die Einhaltung der Fahrzeiten.
- 1.3 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die ihm übertragenen Leistungen pünktlich unter Einhaltung des Fahrplanes durchzuführen und alle sachlichen und personellen Mittel für die ihm übertragenen Leistungen zur Verfügung zu stellen.
- 1.4 Eine Übertragung der Leistung oder von Teilen der Leistung durch den Auftragnehmer auf andere Unternehmen ist ohne vorherige schriftliche Zustimmung des Auftraggebers nicht gestattet. Auch bei Einschaltung von Nachunternehmern bleibt der Auftragnehmer dem Auftraggeber gegenüber für die vertragsgemäße Ausführung der Gesamtleistung verantwortlich.
- 1.5 Bei der Erbringung der Beförderungsleistungen sind die „Hinweise und Informationen zur Beförderung behinderter Menschen in Kraftfahrzeugen“ der Unfallkasse Nord (GUV-SI 8954-SH, **Anlage II**) in der jeweils aktuellen Ausgabe zu beachten. Diese sind Bestandteil dieses Vertrags.

2. Transport in Kleinbussen

- 2.1 Der Transport der Schülerinnen und Schüler hat – wo nicht ausdrücklich anders angegeben bzw. vereinbart – aufgrund deren besonderer Situation und der zum Teil weit auseinander liegende Wohnorte der Schülerinnen und Schüler in Kleinbussen zu erfolgen, damit die Schülerinnen und Schüler nicht zu lange Fahrzeiten haben. Die näheren Anforderungen sind dem anliegenden Leistungsverzeichnis/Preisblatt zu entnehmen.
- 2.2 Die Kleinbusse müssen über ca. 8 bis 9 Sitzplätze verfügen.
- 2.3 Bei Veränderungen der Schülerzahl oder bei Änderung der Touren ist der Einsatz weiterer Kleinbusse zu gewährleisten. Ein Anspruch auf zusätzliche Vergütung (neben der vereinbarten Kopfpauschale) besteht in diesem Fall nicht, sofern sich hierdurch nicht wesentliche Änderungen im Beförderungsverlauf ergeben. Auf Nr. 12 dieses Vertrags wird Bezug genommen.

3. Einsammlung/Beförderungsverlauf

- 3.1 Die mit Kleinbussen zu transportierenden Schülerinnen und Schüler sind grundsätzlich von zu Hause, den Kinderheimen bzw. den angegebenen Haltestellen abzuholen und nach Schulschluss wieder dorthin zurückzubringen. Eine Auflistung über Name und Anschrift dieser Kinder erstellt und aktualisiert die Schule.
- 3.2 Der Auftragnehmer ist verpflichtet dafür Sorge zu tragen, dass die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig vor Schulbeginn die Schule erreichen, die Rückfahrten unverzüglich nach Unterrichtsschluss erfolgen und Fahrzeiten von maximal 60 Minuten nicht überschritten werden.

Für Beförderungen zu besonderen Einrichtungen (z.B. Schwimmbad) gelten diese Vorgaben entsprechend.

- 3.3 Bei Betriebsstörungen ist das Fahrpersonal verpflichtet, die Ursachen und verkehrlichen Auswirkungen unverzüglich dem Auftraggeber mitzuteilen. Dies dient dazu, eine schnelle und koordinierte Lösung der Probleme zu ermöglichen und die Auswirkungen auf den Beförderungsablauf zu minimieren.
- 3.4 Besondere Vorkommnisse während der Fahrt (z.B. Unfälle, auffälliges Verhalten einzelner Schülerinnen und Schüler, Zeitverzögerungen) sind vom Fahrpersonal unverzüglich dem Auftragnehmer zu melden, der wiederum unverzüglich den Auftraggeber und die Eltern informiert.
- 3.5 Der Auftragnehmer hat bei von ihm zu vertretenden voraussehbaren Fahrplanverzögerungen unmittelbar die hiervon betroffenen Schulen sowie den Auftraggeber zu benachrichtigen.
- 3.6 Es ist in jeder Lage auf die Sicherheit der zu befördernden Schülerinnen und Schüler zu achten. Das Fahrpersonal ist in diesem Rahmen auch verpflichtet, den Schülern beim Ein- und Ausstieg Hilfestellung zu leisten.

4. Tourenplanung

- 4.1 Spätestens drei Wochen vor Beginn des Schuljahres hat der Auftragnehmer dem Auftraggeber – Fachdienst Schule – einen Fahrplan, getrennt nach den jeweiligen Losen, vorzulegen, woraus hervorgeht, wie sich die Touren gestalten; insbesondere muss ersichtlich sein, zu welchem Zeitpunkt die jeweiligen Ziele angefahren werden. Die für die Erstellung des Fahrplans notwendigen Daten werden dem Auftragnehmer – sofern diese nicht ohnehin bekannt sind – auf Anforderung rechtzeitig zur Verfügung gestellt.
- 4.2 Auf Verlangen des Auftraggebers hat der Auftragnehmer zudem die mit der Tourenplanung in Zusammenhang stehenden organisatorischen Grundlagen schriftlich offen zu legen, insbesondere Einsatzpläne für die Fahrzeuge und das Personal sowie die vorgesehenen (Gesamt-)Fahrzeiten. Die Vorlage hat binnen einer Woche nach Anforderung zu erfolgen.
- 4.3 Der Auftraggeber ist berechtigt, Änderungen an dem Fahrplan zu verlangen. Diese hat der Auftragnehmer, soweit sie für den reibungslosen Beförderungsverlauf erforderlich sind, umzusetzen.
- 4.4 Der Auftragnehmer ist nicht zu eigenmächtigen Änderungen des dem Auftraggeber vorgelegten Fahrplans befugt. Dies gilt auch dann, wenn die Schule entsprechende Wünsche gegenüber dem Auftragnehmer äußert. Diese sind für ihn nicht verbindlich.

5. Schul- und Unterrichtszeiten

- 5.1 Die aktuell für die betreffenden Schulen geltenden Hin- und Rückfahrtzeiten sind in dem Leistungsverzeichnis / Preisblatt zu Los XX angegeben.
- 5.2 Dauerhafte Änderungen der Unterrichtszeiten (z.B. Verlegung des Unterrichtsbeginns oder -schlusses) werden dem Auftragnehmer rechtzeitig von der Schulleitung bekannt gegeben. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Fahrplan entsprechend anzupassen. Erforderlichenfalls sind zusätzliche Busse einzusetzen.
- 5.3 Geringfügige Änderungen gegenüber den zu Vertragsbeginn geplanten Zeiten begründen keinen Anspruch des Auftragnehmers auf Anpassung des Beförderungsentgelts. Im Übrigen gilt Nr. 11 dieses Vertrags.
- 5.4 Einzelfallbezogene Änderungen der Schulzeiten (z.B. kürzere Schulzeit am Tag vor den Ferien, Ausfall des Unterrichts, besonderer Unterricht), werden dem Auftragnehmer rechtzeitig von der Schulleitung bekannt gegeben. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Fahrplan entsprechend anzupassen. Erforderlichenfalls sind zusätzliche Busse einzusetzen.
- 5.5 Der Auftragnehmer hat bei von ihm zu vertretenden voraussehbaren Fahrplanverzögerungen unmittelbar die hiervon betroffenen Erziehungs-berechtigten zu benachrichtigen. Über Zeitverschiebungen, die sich aus veränderten Unterrichtszeiten ergeben, informiert die Schule die Erziehungsberechtigten; zusätzlich wird der Auftraggeber entsprechend informiert.

6. Beförderungstage

- 6.1 Die Beförderung ist nur an Schultagen durchzuführen. Weitere Einschränkungen (z.B. für einzelne Wochentage) können sich aus dem Leistungsverzeichnis ergeben. Die jeweiligen Ferientermine sowie die beweglichen Ferientage teilt die Schulleitung dem Auftragnehmer auf Anforderung mit.
- 6.2 Die Zahl der Schultage liegt durchschnittlich jährlich bei 185 Tagen. Unter- bzw. Überschreitungen dieses Durchschnittswerts sind vom Auftragnehmer in die Preiskalkulation einzubeziehen und begründen – unbeschadet abweichender Regelungen in diesem Vertrag – keinen zusätzlichen Vergütungsanspruch.

7. Fahrzeuge

- 7.1 Die Beförderung der Schülerinnen und Schülern hat mit Fahrzeugen zu erfolgen, die vom Auftragnehmer gemietet/geleast sind oder sich in seinem Eigentum befinden.
- 7.2 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die eingesetzten Fahrzeuge stets in verkehrstechnisch einwandfreiem, betriebssicherem sowie ordnungsgemäßen und gepflegten Zustand zu halten. Die Fahrzeuge müssen den Bestimmungen der Straßenverkehrszulassungsordnung (StVZO) und der Verordnung über den Betrieb von Kraftunternehmen im Personenverkehr (BOKraft) entsprechen.
- 7.3 Bei der Beförderung von in Rollstühlen sitzenden Schülern sind die erforderlichen räumlichen und technischen Voraussetzungen für deren Transport vorzuhalten.
- 7.4 Vorgeschriebene Sicherheitsgurte müssen während der Fahrt angelegt sein. Die Schüler sind in diesem Fall auf allen Sitzen mit geeigneten Haltegurten anzuschnallen (2-bzw. 3-Punktgurt) bzw. mit handelsüblichen und für das Kind geeigneten Kinderrückhaltesystemen (Kindersitze, Sitzerrhöhungen u.ä.) zu sichern, die vom Auftragnehmer zu stellen sind. Der Auftragnehmer hat darauf zu achten, dass die Schüler während der Fahrt angegurtet sind. Schülerinnen und Schüler, die das Anlegen der Gurte ablehnen, sind der Schule und dem Auftraggeber unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Die Nutzung von Notsitzen ist nicht zulässig.
- 7.5 Die eingesetzten Fahrzeuge müssen darüber hinaus den gesetzlichen Anforderungen hinsichtlich Emissionsgrenzwerten und Umweltstandards entsprechen.

Auf Anforderung des Auftraggebers hat der Auftragnehmer geeignete Nachweise, wie Zertifikate oder Fahrzeugdokumentationen, vorzulegen, um die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu bestätigen. Der Auftraggeber behält sich das Recht vor, die Einhaltung dieser Anforderungen regelmäßig zu überprüfen.

- 7.6 Sofern die für die Schülerbeförderung eingesetzten Fahrzeuge in den Geltungsbereich des Gesetzes über die Beschaffung sauberer Straßenfahrzeuge (Sauberauftragbesetzungsgesetz – SaubFahrzeugBeschG) vom 9. Juni 2021 (BGBl. I S. 1691) in der jeweils gültigen Fassung fallen, sollen die dort genannten Vorgaben für saubere Fahrzeuge nach Möglichkeit und Marktverfügbarkeit eingehalten werden. Mindestens der in der **Anlage III** vom Auftragnehmer verbindlich angegebene Anteil der eingesetzten Busse muss die Anforderungen als saubere Fahrzeuge nach diesem Gesetz erfüllen.

- 7.7 Im Übrigen ist der Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse, die zur Beförderung von Schülern und Kindergartenkindern besonders eingesetzt werden (siehe **Anlage IV** zu diesem Vertrag), einzuhalten.

8. Vorgaben zum Personaleinsatz

- 8.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, nur geeignetes, den Anforderungen der BO/Kraft entsprechendes Fahrpersonal einzusetzen. Grundsätzlich darf kein Personal eingesetzt werden, das vorbestraft ist.

Das eingesetzte Fahrpersonal muss auch persönlich geeignet sein, mit dem zum Teil auffälligen Verhalten von Schülerinnen und Schülern angemessen umgehen zu können. Außerdem muss es die deutsche Sprache in Wort und Schrift beherrschen.

- 8.2 Personal, welches den Anforderungen dieses Vertrags nicht gerecht wird, ist auf Verlangen des Auftraggebers für den hier in Rede stehenden Auftrag nicht bzw. nicht mehr einzusetzen.
- 8.3 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, größtmögliche Fahrerkontinuität zu gewährleisten. Die Schülerinnen und Schüler sollen sich nach Möglichkeit auf das Fahrpersonal einstellen können. Beim Einsatz des Fahrpersonals im Rahmen der Beförderung geistig und körperlich behinderter Schülerinnen und Schüler sind Fahrerwechsel grundsätzlich zu vermeiden.
- 8.4 Für das einzusetzende Personal ist unverzüglich nach Aufforderung ein erweitertes polizeiliches Führungszeugnis zu beantragen. Der Einsatz von Fahrzeuglenkern oder sonstigen, vom Auftraggeber gestellten Begleitpersonen, für die kein solches Führungszeugnis vorliegt, ist unzulässig. Auf § 30, § 30 a Abs. 1 Nr. 2 und § 31 des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG) wird Bezug genommen.
- 8.5 Zur Beantragung des erweiterten polizeilichen Führungszeugnisses wird der Auftragnehmer dem Auftraggeber rechtzeitig vor Beginn der Beförderung eine Aufstellung des einzusetzenden Personals übermitteln, die Name, Vorname, Geburtsdatum und Anschrift der betreffenden Fahrzeuglenker oder Begleitpersonen enthält. Für dieses Personal erstellt der Auftraggeber die nach § 30 a Abs. 2 Satz 1 des BZRG erforderliche Aufforderung und Bestätigung. Das erweiterte polizeiliche Führungszeugnis ist gem. § 30 a Abs. 2 Satz 2, § 30 Abs. 5 BZRG unmittelbar dem Landkreis Gießen, Fachdienst Schule, zu übermitteln.
- 8.6 Der Auftragnehmer ist zur Einhaltung der für seinen Betrieb geltenden arbeitsrechtlichen Regelungen verpflichtet. Auf Anforderung ist der Auftragnehmer verpflichtet, dem Auftraggeber eine Aufstellung des eingesetzten Personals und dessen Einsatzzeiten zu überreichen.

9. Ersatzgestellung von Fahrzeugen und/oder Personal

- 9.1 Bei Ausfall von Fahrzeugen oder Personal, gleich aus welchen Gründen, hat der Auftragnehmer rechtzeitig für gleichwertigen Ersatz zu sorgen. Die Beauftragung Dritter bedarf auch in diesem Fall der Zustimmung des Auftraggebers (Nr. 1.4 dieses Vertrags).

- 9.2 Ist die Behebung durch den Auftragnehmer bei Ausfall von Fahrzeugen oder Personal, gleich aus welchen Gründen, nicht unverzüglich oder nur unbefriedigend möglich, behält sich der Auftraggeber vor, Ersatzfahrzeuge einschließlich Personal zu beschaffen.
- 9.3 Die nach Maßgabe von Nr. 9.2 von Dritten erbrachten Leistungen werden dem Auftragnehmer in Rechnung gestellt oder mit den zu leistenden Zahlungen verrechnet.

10. Beförderungsentgelt

10.1. Preisgestaltung

- 10.1.1 Die Preise beinhalten sämtliche in den Vergabeunterlagen genannten Anforderungen. Sie beziehen sich – wo nicht anders angegeben – nur auf die Beförderung der Schülerinnen und Schüler zwischen Hausadresse/Heimadresse und Schule. Der Preis ist auf dem anliegenden Preisblatt/Leistungsverzeichnis als Pauschale pro Schüler und Schultag angegeben.
- 10.1.2 Veränderungen in der Zahl der angemeldeten Schülerinnen und Schüler werden für die Endabrechnung anteilig berücksichtigt. Hierzu ist das schuljährlich geschuldete Entgelt (auf Basis von 185 Schultagen) pro Kopf entsprechend der nach Anmeldung bzw. vor Abmeldung angefallenen Schultage zu berechnen.
- 10.1.3 Vorübergehende Änderungen in der Zahl der zu befördernden Schüler, die keinen Einfluss auf die Anmeldung des Schülers/der Schülerin an der Schule haben (z.B. Krankheit), werden ab dem 15. Tag anteilig bei der Endabrechnung berücksichtigt. Eine vorübergehende Änderung bis zu 14 Tagen bleibt außer Betracht, sofern dies nicht zu wesentlichen Änderungen im Beförderungsverlauf führt. Eine wesentliche Änderung in diesem Sinne ist insbesondere der Wegfall der Tour in Ermangelung zu befördernder Schülerinnen und Schüler.

10.2. Abrechnung und Zahlung

- 10.2.1 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber binnen 30 Kalendertagen nach Ablauf des Schuljahres eine prüffähige Endabrechnung vorzulegen. Bestandteil der Endabrechnung ist ein Nachweis über die tatsächlich erbrachten Beförderungsleistungen, der von der Schule zu bestätigen ist.
- 10.2.2 Zahlungen werden unbeschadet des § 15 VOL/B nur nach Vorlage der gegengezeichneten Vertragsurkunde(n) geleistet. Maßgebend für den Zahlungszeitpunkt – auch hinsichtlich Skonto – ist der Zugang des Überweisungsauftrages beim Zahlungsinstitut des Auftraggebers. Für sämtliche Rechnungen gilt ein Zahlungsziel von 30 Kalendertagen.

10.3. Abschlagszahlungen

- 10.3.1 Der Auftragnehmer erhält Abschlagszahlungen auf den voraussichtlich entstehenden Rechnungsbetrag. Die Abschlagszahlungen werden auf der Grundlage der jeweils zu Beginn eines Schuljahres angemeldeten Schüler kalkuliert. Von dem sich hieraus ergebenden Betrag wird im Hinblick auf mögliche Ausfälle der zu befördernden Schülerzahlen ein Abzug in Höhe von 5% vorgenommen.

10.3.2 Die Abschlagszahlungen werden in 11 monatlich gleichbleibenden Teilbeträgen jeweils nach Ablauf eines Monats an den Auftragnehmer gezahlt. Es gilt ein Zahlungsziel von 10 Kalendertagen.

10.3.3 Der Auftraggeber kann eine Anpassung unterhalb des Schuljahres vornehmen, wenn absehbar ist, dass sich die Schülerzahlen für die verbleibende Zeit dauerhaft verändern.

11. Entgeltanpassung (Preisgleitklausel)

11.1 Die vereinbarten Vertragspreise können während der Vertragslaufzeit gemäß den nachfolgenden Bestimmungen angepasst werden, um wesentliche Kostenänderungen auszugleichen.

11.2 Die Preisanpassung erfolgt nach folgender Formel:

$$P_1 = P_0 \times (0,50 \times I_1/I_0 + 0,30 \times K_1/K_0 + 0,20 \times F_1/F_0)$$

Dabei bedeuten:

- P_0 = Ausgangspreis bei Vertragsschluss
- P_1 = angepasster Preis
- I_0 = Index Personalkosten im Monat des Vertragsschlusses
- I_1 = Index Personalkosten im Monat der Preisanpassung
- K_0 = Index Kraftstoffkosten im Monat des Vertragsschlusses
- K_1 = Index Kraftstoffkosten im Monat der Preisanpassung
- F_0 = Index Fahrzeugkosten im Monat des Vertragsschlusses
- F_1 = Index Fahrzeugkosten im Monat der Preisanpassung

11.3 Für die Preisanpassung werden folgende Indizes des Statistischen Bundesamtes (Destatis) herangezogen:

a) Personalkosten (50 %)

Index der Tarifverdienste - Verkehr und Lagerei (WZ08-H), Genesis-Online Code: 62421-0003

b) Kraftstoffkosten (30 %)

Verbraucherpreisindex - Dieselmotorkraftstoff (CC13-0721023401), Genesis-Online Code: 61111-0004 (oder vergleichbarer Nachfolgeindex)

c) Fahrzeugkosten (20 %)

Erzeugerpreisindex gewerblicher Produkte - Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (WZ08-452), Genesis-Online Code: 61241-0001

Sollte ein Index vom Statistischen Bundesamt nicht mehr veröffentlicht oder grundlegend geändert werden, tritt an seine Stelle der vom Statistischen Bundesamt empfohlene oder ein vergleichbarer Nachfolgeindex. Die Vertragsparteien werden sich hierüber einvernehmlich verständigen.

11.4 Eine Preisanpassung ist nur zulässig, wenn:

a) seit Vertragsschluss bzw. seit der letzten Preisanpassung eine Änderung des nach obiger Formel berechneten Preises von mindestens 5,0 % eingetreten ist.

b) die Berechnung auf der Grundlage aktueller, offiziell veröffentlichter Indexwerte erfolgt, die nicht älter als drei Monate sind.

11.5 Der Auftragnehmer hat eine beabsichtigte Preisanpassung dem Auftraggeber schriftlich anzuzeigen. Die Anzeige muss enthalten:

- die anzuwendenden Indexwerte mit Quellenangabe
- die vollständige Berechnung der Preisanpassung
- den Zeitpunkt, ab dem die Preisanpassung wirksam werden soll.

Die Preisanpassung wird wirksam zum Ersten des übernächsten Monats nach Zugang der ordnungsgemäßen Anzeige beim Auftraggeber, frühestens jedoch drei Monate nach der letzten Preisanpassung.

11.6 Die Preisanpassungsregelung gilt sowohl für Preiserhöhungen als auch für Preissenkungen. Der Auftraggeber kann bei Vorliegen der Voraussetzungen gemäß Absatz 4 ebenfalls eine Preissenkung verlangen.

11.7 Die für die Berechnung maßgeblichen Basiswerte (Indizes I_0 , K_0 , F_0) bei Vertragsschluss werden wie folgt festgelegt:

- Vertragsschlussdatum: [DATUM EINFÜGEN]
- Index Personalkosten (I_0): [WERT EINFÜGEN] (Stand: [MONAT/JAHR])
- Index Kraftstoffkosten (K_0): [WERT EINFÜGEN] (Stand: [MONAT/JAHR])
- Index Fahrzeugkosten (F_0): [WERT EINFÜGEN] (Stand: [MONAT/JAHR])

11.8 Bei Ausübung der Verlängerungsoption gemäß Nr. 13.2 dieses Vertrags verlängert sich die Geltung dieser Preisgleitklausel entsprechend. Die Basiswerte gemäß Nr. 11.7 bleiben unverändert; maßgeblich für die Berechnung bleibt der ursprüngliche Vertragsschluss.

12. Vertragsanpassung; zusätzliche Beförderungsleistungen

12.1 Sofern sich die Grundlagen dieses Vertrages, insbesondere die Schulzeiten oder die Schülerzahlen, nur geringfügig ändern, begründet dies keinen Anspruch des Auftragnehmers auf Erhöhung der vereinbarten Pauschale oder Änderung anderer in diesem Vertrag festgelegter Modalitäten.

12.2 Treten wesentliche Änderungen im Beförderungsverlauf ein, verpflichten sich die Vertragspartner zur Aufnahme von Verhandlungen über eine einvernehmliche Vertragsanpassung. Grundlage dieser Verhandlungen ist die Kalkulation des Auftragnehmers im Rahmen des diesen Vertrag betreffenden Vergabeverfahrens, die der Auftragnehmer in diesem Fall auf Verlangen des Auftraggebers binnen einer Frist von 5 Werktagen offen zu legen hat.

12.3 Kommt der Auftragnehmer dieser Aufforderung trotz Mahnung und Setzung einer angemessenen Nachfrist nicht nach, kann der Auftraggeber den Vertrag aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist kündigen.

- 12.4 Kommt eine Einigung nach den oben stehenden Regelungen nicht zustande, so können die Vertragspartner unbeschadet von Nr. 12.3 den Vertrag jeweils binnen einer Frist von 3 Monaten kündigen, wobei während der Kündigungsfrist die bisher vereinbarte Vergütung Gültigkeit behält. Die Kündigung muss binnen einer Erklärungsfrist von 2 Wochen, nachdem die Vertragspartner das Scheitern der Verhandlungen schriftlich erklärt haben, erfolgen.
- 12.5 Durch ergänzende Vereinbarung können die Vertragspartner weitere Fahrten, z.B. Sonderfahrten zu Sportstätten, zum Gegenstand dieses Vertrags machen. Das Entgelt ist der Leistung entsprechend zu vereinbaren. Im Übrigen gelten für die Erweiterungen die Bedingungen dieses Vertrages, soweit nichts anderes vereinbart ist.

13. Vertragsdauer und Kündigung

- 13.1 Der Beförderungsvertrag beginnt zum Beginn des Schuljahres 2026/2027 am 10.08.2026 und endet mit Ablauf des Schuljahres 2027 am 25.06.2027. Hiernach endet der Vertrag, ohne dass es einer gesonderten Kündigung bedarf.
- 13.2 Der Auftraggeber hat das Recht, den Vertrag durch schriftliche Erklärung um ein weiteres Jahr zu verlängern (Optionsrecht). Die Verlängerungsoption muss dem Auftragnehmer spätestens drei Kalendermonate vor Ablauf des letzten regulären Vertragsjahres angezeigt werden.
- 13.3 Eine vorzeitige Kündigung ist aus wichtigem Grund ohne Einhaltung einer Frist zulässig. Ein wichtiger Grund liegt insbesondere dann vor, wenn ein Vertragspartner grob oder trotz Abmahnung wiederholt gegen Bestimmungen der vertraglichen Vereinbarung verstößt, insbesondere wenn an den eingesetzten Fahrzeugen technische Mängel festgestellt wurden oder der Auftragnehmer schuldhaft länger als eine Woche seiner Beförderungspflicht nicht nachgekommen ist.

Zudem ist ein wichtiger Grund dann gegeben, wenn der Auftragnehmer seinen Mitarbeitern nicht die gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen gewährt oder die vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen nicht einhält. Falls der Auftragnehmer durch einen Tarifvertrag gebunden ist bzw. während der Laufzeit dieses Vertrags tarifgebunden wird, gilt dasselbe bei Nichtgewährung der tariflich vorgeschriebenen Leistungen.

Andere Tatbestände, die eine Kündigung aus wichtigem Grund rechtfertigen, bleiben unberührt.

- 13.4 Spätestens endet der Vertrag mit Ablauf des sechsten (optionalen) Vertragsjahres, ohne dass es einer Kündigung bedarf.

14. Versicherungspflicht

- 14.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, für die Dauer des Vertrags einschließlich etwaiger Verlängerungen eine Betriebshaftpflichtversicherung bei einem in der EU zugelassenen Versicherer zu unterhalten, die insbesondere Schäden aus der vertragsgegenständlichen Beförderungstätigkeit einschließlich der Betreuung der Schülerinnen und Schüler beim Ein- und Ausstieg abdeckt. Die Mindestdeckungssummen betragen je Schadensfall:
- für Personenschäden: 5.000.000 EUR,

– für Sachschäden: 1.000.000 EUR,

- 14.2 Die Maximierung der Versicherungssumme muss mindestens das Zweifache der vorstehenden Beträge je Versicherungsjahr betragen.
- 14.3 Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den Versicherungsnachweis spätestens zwei Wochen vor Beginn der Beförderungsleistung unaufgefordert vorzulegen. Der Nachweis ist jährlich zu erneuern. Der Auftragnehmer hat den Auftraggeber unverzüglich zu informieren, wenn der Versicherungsschutz eingeschränkt wird, entfällt oder der Versicherer das Versicherungsverhältnis kündigt. Ein Wegfall des Versicherungsschutzes berechtigt den Auftraggeber zur außerordentlichen Kündigung dieses Vertrags.
- 14.4 Die Betriebshaftpflichtversicherung lässt die Pflicht zum Abschluss und zur Unterhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Kfz-Haftpflichtversicherung für die eingesetzten Fahrzeuge unberührt.

15. Datenschutz und Geheimhaltung

- 15.1 Alle Daten und Unterlagen des Auftraggebers, von denen der Auftragnehmer Kenntnis erlangt bzw. die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellt werden, dürfen nicht an Dritte weiter gegeben und nur zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten verwendet werden. Soweit personenbezogene Daten bekannt werden, ist der Auftragnehmer zur Einhaltung der Bestimmungen der Datenschutzgesetze verpflichtet.
- 15.2 Die Einzelheiten zur Verarbeitung personenbezogener Daten sind in dem als Anlage V beigefügten Vertrag zur Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO geregelt, der Bestandteil dieses Vertrags ist.
- 15.3 Die Geheimhaltungspflichten gelten über die Laufzeit dieses Vertrages hinaus.

16. Schriftformerfordernis

Dieser Vertrag enthält sämtliche Absprachen zwischen den Parteien. Mündliche Nebenabsprachen und Zusicherungen bestehen nicht. Sämtliche Vereinbarungen, die eine Änderung, Ergänzung oder Konkretisierung dieser Vertragsbedingungen beinhalten sowie besondere Zusicherungen und Abmachungen bedürfen der Schriftform gemäß § 126 BGB. Dies gilt auch für einen etwaigen Verzicht auf das Schriftformerfordernis. Machen Parteien von Rechten aus diesem Vertrag keinen Gebrauch, bedeutet dies keinen Verzicht für die Zukunft.

17. Gerichtsstand

Gerichtsstand ist, sofern nicht ein anderer Gerichtsstand zwingend vorgegeben ist, Gießen.

18. Salvatorische Klausel

Sollten einzelne Bestimmungen dieses Vertrages unwirksam sein oder die Wirksamkeit durch einen später eintretenden Umstand verlieren, bleibt die Wirksamkeit im Übrigen unberührt. Anstelle der unwirksamen Vertragsbestimmungen tritt eine Regelung, die dem am nächsten kommt, was die Vertragsparteien gewollt hätten, sofern sie den betreffenden Punkt bedacht hätten. Entsprechendes gilt für Lücken dieses Vertrages.

Anlagen:

Anlage I	Leistungsverzeichnis/Preisblatt
Anlage II	GUV-SI 8954-SH
Anlage III	Verzeichnis zum Einsatz sauberer Fahrzeuge
Anlage IV	Anforderungskatalog für Kraftomnibusse und Kleinbusse

Gießen, den _____, den

(Auftraggeber)

(Auftragnehmer)